Abstract „Aktive Wirtschaftspolitik von rechts“

Fabian Lindner (IMK), Nikolaus Kowall (FGW)

Die zunehmend erfolgreichen rechtspopulistischen Parteien in Europa bekennen sich zu Markteingriffen aller Art, um nationale oder soziale Ziele zu verfolgen – einige dieser Gruppierungen stellen auch offen die Austeritätspolitik in Frage. Der Chef der niederländischen Partei für die Freiheit (PVV), Geert Wilders stürzte 2012 die christlich-liberale Regierung, weil er nach heftigem Ringen um die von der EU vorgegebene Austeritätspolitik dem Minderheitskabinett die Unterstützung im Parlament entzog. Wilders wollte entgegen den Maastrichtvorgaben eine Neuverschuldung von vier Prozent ermöglichen.[1] Lega Nord Chef Matteo Salvini begrüßte 2015 den Sieg von Syriza in Griechenland.[2] Diese Sympathie erklärte sein Vorgänger und jetzige Präsident der Region Lombardei damit, dass die EU-Haushaltsregeln auch die norditalienische Wirtschaft blockieren würden und die Ablehnung der Austerität eine Gemeinsamkeit mit Syriza wäre.[3] Marine Le Pen bezeichnete beide Kandidaten zur Stichwahl für die französischen Präsidentschaftswahlen 2012 als „Sklaven der Sparpolitik“[4]. 2014 warnte Le Pen Kanzlerin Merkel davor, dass eine Fortsetzung der Sparpolitik zur Explosion der EU führen würde.[5] Um die Austeritätspolitik zu überwinden plant der FN eine zinslose Refinanzierung der Staatsausgaben durch die Zentralbank.[6] Alle drei Parteien waren sich in der Ablehnung des Fiskalpakts 2012 einig, ebenso die österreichische FPÖ und der belgische Vlaams Belang.[7] Diese fünf Parteien schlossen sich 2015 im Europaparlament zur Fraktion "Europa der Nationen und Freiheiten" zusammen.[8]

Die keynesianische und interventionistische Schlagseite der Rechten ist vor dem historischen Aufstieg des Nationalsozialismus besonders pikant. Anfang der 1930er-Jahre wurden Ideen der aktiven Konjunkturpolitik in Deutschland sowohl von Früh-KeynesianerInnen (vgl. Lautenbach 1931) als auch aus dem Bereich der Gewerkschaft (vgl. Woytinski 1931) bereits umfassend vorgelegt. Es kam im Rahmen der Geheimkonferenz der Friedrich List-Gesellschaft 1931 sogar zu einer außergewöhnlichen Zusammenkunft von Fachleuten aus Reichsbank, Reichswirtschaftsministerium und der akademischen Welt, bei der sich eine Wende von der Deflationspolitik zu einer aktiven Konjunktursteuerung jedoch noch nicht richtig durchsetzen konnte.

---

[1] http://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/brennpunkte_nt/article106216472/Verschuldete-Niederlande-ringen-um-EU-Sparpolitik.html

[2] http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-europas-links-und-rechtspopulisten-jubeln-ueber-tsipras-a-1015000.html

[3] http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/4665433/Lega-Nord_Die-Kritik-an-der-EU-verbindet-uns-mit-Syriza

[4] http://de.euronews.com/2012/05/01/le-pen-hollande-und-sarkozy-sklaven-der-sparpolitik/

[5] http://www.spiegel.de/politik/ausland/frankreich-le-pen-warnt-merkel-vor-explosion-der-eu-a-972726.html

[6] http://www.nzz.ch/wirtschaft/wirtschaftspolitik/anleitung-zum-desaster-1.18661710

[7] https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/Fiskalpakt_Ratifizierung_KS.pdf

[8] http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-06/eu-parlament-rechtspopulismus-marine-le-pen-geert-wilders

Die Gewerkschaften preschten schließlich 1932 mit dem WTB-Plan vor und präsentierten ein umfassenden keynesianisches Arbeitsbeschaffungsprogramm (vgl. Bombach et al. 1976). Während dieses von den bürgerlichen Parteien aus ähnlichen Gründen abgelehnt wurden wie von der SPD – Sorge um Inflation, Währungsstabilität und Wettbewerbsfähigkeit standen dabei im Vordergrund (vgl. Schneider 1976) – ‚griff die NSDAP die aktive Konjunkturpolitik auf und propagierte diese als einzige Partei im Wahlkampf vom Juli 1932 (vgl. Bombach et al. 1976). Die Wahlen brachten eine Verdoppelung des Stimmenanteils der Nazi-Partei auf 37 Prozent. Das keynesianische Instrumentarium war völlig konsistent mit den prinzipiellen wirtschaftspolitischen Vorstellungen der NSDAP, die zwar keinerlei Vergesellschaftung anstrebte, jedoch Interventionen des Staates in allen Bereichen des Wirtschaftslebens befürwortete.

Der ein Jahr später doch vollzogene wirtschaftspolitische Paradigmenwechsel in Reichsregierung und Reichsbank der Weimarer Republik in der zweiten Hälfte des Jahres 1932 kam zu spät, um die Machtergreifung der NSDAP zu verhindern. Die Hitlerregierung setzte sich – was die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen betrifft – 1933 ins gemachte Nest und profitierte schon nach wenigen Monaten von den bereits 1932 eingeleiteten Maßnahmen (vgl. Bombach et al. 1976). Die aktive Konjunkturpolitik wurde durch das NS-Regime im Rahmen eines Militär-Keynesianismus aber nochmals verstärkt und innerhalb von vier Jahren herrschte faktisch Vollbeschäftigung. Anfang der 1930er-Jahre war die extreme Rechte die einzige potente politische Kraft, die sich eine aktive Wirtschaftspolitik auf die Fahnen heftete und es sich zum Programm machte, die Marktwirtschaft über öffentliche Interventionen wieder in Schwung zu bringen. Steuern wir heute in einigen europäischen Staaten auf eine politisch ähnlichen Situation zu, in der sich die Parteien der Mitte durch Austeritätspolitik deligitimieren und der Rechten Auftrieb verleihen?

Literatur

Bombach, Gottfried.; Ramser Hans-Jürgen; Timmermann Manfred.; Wittman Walter. (1976): „Der Keynesianismus II. Die beschäftigungspolitische Diskussion vor Keynes in Deutschland.“ Berlin-Heidelberg-New York

Lautenbach, Wilhelm (1931): „Möglichkeiten einer Konjunkturbelebung durch Investition und Kreditausweitung“ in Borchardt, Knut; Schötz, Hans Otto (Hrsg.): Wirtschaftspolitik in der Krise. Die (Geheim-)Konferenz der Friedrich List Gesellschaft im September 1931 über Möglichkeiten und Folgen einer Kreditausweitung. Baden-Baden 1991

Schneider, Michael (1976): „Arbeitsbeschaffung und Umbau der Wirtschaft: Probleme der gewerkschaftlichen Programmatik in den letzten Jahren der Weimarer Republik“ in Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 27, 1976, 11

Woytinski, Wladimir (1931): „Aktive Weltwirtschaftspolitik“ in Die Arbeit, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde, Heft 6